dbb beamtenbund und tarifunion

dbb europathemen

15. Jahrgang | Nr. 1/2020

Im Maschinenraum der Europapolitik

Inhalt

Ticker 2

dbb in Europa 7

Stellungnahmen: Europäischer Grüner Deal und Konferenz zur Zukunft Europas/ Silberbach warnt vor Rückkehr der Extreme/ Start der neuen Kommission/ Jugend übergibt Europa-Vision an Bundesregierung/ 31. Europäischer Abend

Gespräch

mit Staatsrätin Almut Möller, Bevollmächtigte Hamburgs beim Bund und der EU 11

Neues von der CESI 14

Einblick

Europas Aufgaben und die Bedeutung der Kommunen und Regionen von Sabine Verheyen MdEP 17

Brennpunkt 19

Schwierige Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen

Editorial

Die Kommission von der Leyen macht Tempo. Das neue Arbeitsprogramm spiegelt die Leitlinien der neuen Präsidentin, die große Antworten auf große Fragen geben will. Für den Kampf gegen den Klimawandel gibt es einen „europäischen Grünen Deal“. Für die soziale Gerechtigkeit soll die bisher unverbindliche „Säule sozialer Rechte“ tragende Kraft entwickeln, an die Stelle der großenteils relativ ohnmächtigen Stimmenvielfalt in der Außen– und Sicherheitspolitik eine europäische „Geopolitik“ treten. Und eine große Europa-Konferenz mit aktiver Bürgerbeteiligung soll den Weg in die Zukunft weisen. Große Visionen und Zehn– und Dreißigjahrespläne zeichnen ein Europa der Superlative. Währenddessen schrumpft die EU und ringt mit inneren Spaltungen. Täte sie nicht gut daran, alle Kraft auf kurz– bis mittelfristige Ergebnisse zu konzentrieren, die Europas unbestreitbaren Mehrwert erfahrbar machen, den Zusammenhalt stärken und Räume für größere Durchbrüche öffnen, ohne gleich eine Weltmachtstellung anzustreben? Im Maschinenraum der Europapolitik sind zum Glück viele geerdete Profis tätig, die genau diese Kärrnerarbeit leisten. Zwei Frauen aus dem Maschinenraum, die für starke europäische Regionen stehen, kommen in dieser Ausgabe zu Wort.

Ihre Redaktion

Konferenz zur Zukunft Europas

© EC Audiovisual Service/ Etienne Ansotte

Welche Themen sollen in den nächsten Jahren vorrangig in europäischer Zusammenarbeit behandelt, welche Probleme auf europäischer Ebene gelöst werden? Und wie können die EU-Institutionen auf der Basis der bestehenden Verträge – oder gar einer neuen rechtlichen Grundlage – besser funktionieren, um den Mehrwert der europäischen Integration sichtbarer zu machen und ihre demokratische Legitimation zu erhöhen? Diesen Fragen soll die Konferenz zur Zukunft Europas nachgehen, die am 9. Mai 2020 ihre Arbeit aufnehmen wird. Schon der Starttermin ist symbolträchtig, denn der diesjährige 9. Mai ist kein gewöhnlicher Europatag. Es ist der 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung und zugleich der 75. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs.

Mehr Bürgerbeteiligung

Die Konferenz soll nicht allein von den Ideen und Interessen der politischen Eliten bestimmt werden, sondern ganz normale Menschen einbeziehen. Mehr Bürgerbeteiligung soll die demokratische Qualität der Europäischen Union verbessern und dabei helfen, Weichen für eine künftige EU-Reform zu stellen. Das will die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die bereits in ihren politischen Leitlinien angekündigt hatte, die Bürgerinnen und Bürger stärker am politischen Prozess teilhaben zu lassen:

„Ich wünsche mir, dass sich alle Europäerinnen und Europäer aktiv in die Konferenz zur Zukunft Europas einbringen und ihnen eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung der Prioritäten der Europäischen Union zukommt“, erklärte von der Leyen am 22. Januar anlässlich der Vorstellung ihrer Pläne für die Konferenz zur Zukunft Europas. Zuständige Kommissarin ist Dubravka Šuica (hier im Bild mit Eric Mamer, Sprecher der Europäischen Kommission).

Macron als treibende Kraft

Für mehr direkte Bürgerbeteiligung machen sich besonders der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und seine Bewegung La République En Marche (LaREM) sowie die Fraktion Renew Europe im Europäischen Parlament stark, in der die Franzosen nach dem Brexit vom 31. Januar die meisten Abgeordneten stellen. Renew Europe ist die nach den 2019er Europawahlen gegründete Nachfolgefraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), der auch die deutsche FDP angehört. Das Europäische Parlament insgesamt hat sich in seiner Entschließung vom 15. Januar für die Beteiligung zufällig geloster Bürgerinnen und Bürger ausgesprochen.

(...) >>> Weiterlesen

Gedenken an die Opfer der Shoah

Ende Januar gedachten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Anlass des 75. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 der Millionen ermordeten Juden, Roma und weiterer Opfer der deutschen Schreckensherrschaft. An der Plenarsitzung nahmen auch Überlebende der Shoah teil. Die italienische Senatorin auf Lebenszeit, Liliana Segre, sprach bewegende Worte, betonte den Geist der Brüderlichkeit, für den das heutige Europa stehe. Parlamentspräsident David Sassoli erklärte: „Nationalsozialismus und Rassismus stellen keine Meinungsäußerung dar, sondern sind Verbrechen. Wann immer wir in Zeitungen von Gewaltakten, Angriffen oder rassistisch motivierten Beleidigungen lesen, müssen wir bedenken, dass sich diese Angriffe auch gegen jeden Einzelnen von uns richten. Es sind Angriffe auf Europa und die Werte, für die es steht."

Liliana Segre und David Sassoli im Plenarsaal des Europäischen Parlaments
© EC Audiovisual Service/ Aurore Martignoni

>>> Mehr

Ein neuer Tagesanbruch für Europa

Am Tag des EU-Austritts Großbritanniens, dem 31. Januar 2020, veröffentlichten David Sassoli, Charles Michel und Ursula von der Leyen, die drei Präsidenten der wichtigsten EU-Institutionen, Parlament, Rat und Kommission, eine gemeinsame Erklärung „Ein neuer Tagesanbruch für Europa". Darin richten die Präsidenten ihre Blicke auf die nahe Zukunft. Denn dass der Brexit tatsächlich geregelt abläuft, ist noch nicht ausgemacht. Die Briten sind raus, das steht fest. Bis zum Jahresende muss aber, wenn Premierminister Boris Johnson bei seiner Ablehnung jeder Verlängerung bleibt, eine Einigung über die künftigen Beziehungen gefunden sein. So heißt es auch in der Erklärung, es gelte hart daran zu arbeiten, als Verbündete, Partner und Freunde neue Wege der Zusammenarbeit zu finden. Europa suche die enge Verbindung, werde seine Interessen aber entschlossen verteidigen. Sassoli, Michel und von der Leyen beschwören den Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten. In einer „Zeit starken Machtwettbewerbs und turbulenter Geopolitik" spiele Größe sehr wohl eine Rolle. Wir können es schaffen, wenn wir zusammenstehen, lässt sich die Präsidentenbotschaft zusammenfassen.

>>> Mehr

Das Parlament nach dem Brexit

Am 1. Februar, nach dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs, wurde das Europäische Parlament kleiner. Die Zahl der Sitze nahm jedoch nicht um jene 73 ab, die von britischen Abgeordneten eingenommen worden waren, sondern lediglich um 46. 27 Sitze wurden auf einige Mitgliedstaaten umverteilt, deren Bevölkerungsanteil dies rechnerisch rechtfertigt. Deutschland liegt nach wie vor mit seinen unverändert 96 Sitzen an der Spitze. Frankreich und Spanien erhielten fünf zusätzliche Sitze. Frankreich hat mit 79 Sitzen weiterhin den zweitgrößten Sitzanteil. Spanien folgt mit seinen nun 59 Sitzen an vierter Stelle auf Italien, dessen Anteil um drei Sitze auf 76 wuchs. Auch die Niederlande erhielten drei zusätzliche Sitze und verfügen nun über 29 Abgeordnete. Irland erhielt zwei weitere Sitze auf 13. Neun weitere EU-Staaten haben je ein weiteres Mitglied im Parlament. Die zusätzlichen Parlamentarier wurden alle bei den Europawahlen im Mai 2019 als Nachrücker für den Tag nach dem effektiven Brexit-Datum gewählt.

>>> Mehr

Prioritäten des kroatischen Vorsitzes

Am 1. Januar übernahm Zagreb den Staffelstab von Helsinki, den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Auf die kroatische Ratspräsidentschaft folgt am 1. Juli die deutsche. Alle sechs Monate wechselt der Vorsitz, eine Art Geschäftsführung, im Rat. Vom 20. bis 22. Januar fand eine Reihe von Anhörungen kroatischer Minister zu den Prioritäten des Ratsvorsitzes in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments statt. Die Themenschwerpunkte sind so vielfältig wie die Ressorts der jeweiligen Fachminister, spiegeln die laufenden Arbeiten der europäischen Gesetzgebung wie auch die Schwerpunkte der Kommission von der Leyen. So soll zum Beispiel Bildung – trotz schwacher EU-Kompetenz – eine stärkere Rolle in der wirtschaftspolitischen Koordinierung, dem Europäischen Semester, spielen. Zentrale

Themen der Präsidentschaft werden unter anderem die Künstliche Intelligenz und eine umwelt- und ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft sein. In der Beschäftigungs- und Sozialpolitik stehen eine höhere Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, mehr Rechte für Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte weit oben auf der Prioritätenliste. Der kroatische Innenminister, Davor Božinović, musste sich besonders kritischen Fragen der Parlamentarier nach dem Umgang der kroatischen Grenzpolizei mit Asylsuchenden stellen, versicherte aber, Kroatien werde die Kommission in ihren Bemühungen um eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik unterstützen.

>>> Mehr

Arbeitsprogramm 2020 der EU-Kommission

Am 29. Januar legte die Kommission ihr Arbeitsprogramm für das laufende Jahr vor. Dabei will die Kommission nicht nur 43 neue Initiativen starten, sondern auch 34 Vorschläge aufheben oder zurückziehen. Ab 2020 will die Kommission das Konzept für bessere Rechtsetzung „One In, One Out“ voll zur Anwendung bringen. Das bedeutet, dass der Einführung neuer Lasten eine gleichwertige Streichung von Verwaltungskosten gegenüberstehen muss. Die neuen Kommissionsinitiativen orientieren sich an sechs übergreifenden Zielen der Präsidentin Ursula von der Leyen. Diese sind „Ein europäischer Grüner Deal“, „Ein Europa für das digitale Zeitalter“, „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“, „Ein stärkeres Europa in der Welt“, „Förderung unserer europäischen Lebensweise“ und „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“. So soll die EU bis 2050 die CO_2-Neutralität erreichen, die Digitalisierung mit einer neuen Industriestrategie und einem Gesetz über digitale Dienstleistungen vorangetrieben und beides, Klimawandel und Digitalisierung, mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden. Auf der sozialen Agenda stehen Mindestlöhne und eine europäische Arbeitslosenrückversicherung und Initiativen für wirksame und gerechte Besteuerung. Mehr Zusammenarbeit mit Afrika ist ebenso vorgesehen wie ein neuer Asyl- und Migrationspakt. Und über all dies und noch mehr wird die Konferenz für die Zukunft Europas beraten.

>>> Mehr

Bedrohte Weltordnung

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sprach am 22. Januar auf dem Weltwirtschaftsforum. Von der Leyen beschwor den Multilateralismus und warnte, die Weltordnung werde inzwischen jeden Tag in Frage gestellt. Viele Menschen seien ob des rapiden Wandels verunsichert. In dieser Lage sei Führungsstärke gefragt. Diese will von der Leyen vor allem beim europäischen Grünen Deal unter Beweis stellen. Europa werde bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent sein, versicherte die Kommissionspräsidentin. Der Grüne Deal sei Europas neue Wachstumsstrategie. Sodann sprach von der Leyen über die europäische Datenstrategie als zentralem Baustein der digitalen Agenda. Mehr Datensicherheit will die neue Kommission mit europäischer Datenhoheit verbinden, Voraussetzungen für die dafür erforderliche Infrastruktur und Investitionen schaffen. Von zentraler Bedeutung in von der Leyens Agenda ist zudem das Konzept einer europäischen von Fairness und Respekt geleiteten „Geopolitik“. Dabei geht es der Präsidentin nicht nur um Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch um Migration und innere Sicherheit. Es gelte, in Europa die Macht der Zusammenarbeit wiederzuentdecken.

Ursula von der Leyen am 22. Januar auf dem World Economic Forum
© EC Audiovisual Service/ Stefan Wermuth

>>> Mehr

Konferenz über das erste europäische Klimagesetz

Frans Timmermans, der mit dem Grünen Deal befasste Vizepräsident der Europäischen Kommission, erklärte am 28. November auf einer Brüsseler Konferenz die Ziele des ersten europäischen Klimagesetzes. Timmermans kündigte die Gesetzesinitiative noch für die ersten 100 Tage der neuen Kommission an. Der Klimawandel sei längst in vollem Gange, die wissenschaftliche Beweislage für die katastrophalen Folgen der menschengemachten Erderwär-

mung erdrückend. Deshalb sei entschiedenes Handeln dringend geboten. Timmermans übte, ohne dessen Namen zu nennen, heftige Kritik an US-Präsident Donald Trump, einem „72jährigen Milliardär“, als Leugner des Klimawandels. Die Kommission werde die Weichen dafür stellen, dass Jahr für Jahr bis zu 300 Milliarden Euro in der EU für das Ziel der Nettonull-CO_2-Emissionen bis 2050 mobilisiert werden können. Mit diesen gewaltigen Investitionssummen soll der Übergang in eine klimaneutrale europäische Wirtschaft und Gesellschaft gelingen. Es sei an den Europäischen Institutionen den nötigen Wandel zu steuern, die Transformation voranzutreiben.

>>> Mehr

EZB-Chefin Lagarde im Parlament

Die Europäische Zentralbank ist politisch unabhängig, ihre neue Chefin, die Französin Christine Lagarde, informierte aber am 12. Februar das Europäische Parlament über die aktuelle Geldpolitik. Die Abgeordneten verabschiedeten im Anschluss an ihre Debatte mit der EZB-Präsidentin eine Entschließung, in der sie unter anderem eine stärkere Ausrichtung der Geldpolitik auf die Umwelt– und Klimaziele der Europäischen Union fordern. Die Entschließung des Berichterstatters Costas Mavrides von der sozialdemokratischen Progressiven Allianz (S&D) legt die Prioritäten des Parlaments zur EZB-Politik dar. Die Abgeordneten sprachen sich darin mit einer Mehrheit von 452 zu 142 Stimmen bei 33 Enthaltungen für eine Erhöhung der Geldmenge in der Eurozone aus. Gleichzeitig müssten die Mitgliedstaaten Wirtschaftsreformen durchführen, Geldwäsche und Steuerhinterziehung wirksamer bekämpfen und solide Haushalte anstreben. In seiner Entschließung beklagt das Parlament die negativen Wirkungen niedriger oder negativer Zinsen für die Renten– und Versicherungssysteme.

Christine Lagarde im Europäischen Parlament
© Europäisches Parlament, Dominique Hommel

>>> Mehr

Öffentliche Konsultation zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Am 5. Februar veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung und eröffnete zugleich eine öffentliche Konsultation. Diese Steuerung beziehungsweise Überwachung durch die Kommission dient dazu, dass die Mitgliedstaaten gemeinsame wirtschafts– und haushaltspolitische Ziele verfolgen und sich in ihrer Entwicklung auf hohem Niveau annähern. Mittelbar sind davon immer auch die Beschäftigungs– und Sozial– sowie die Bildungspolitik betroffen. Gleiches gilt für die Verwaltung und den öffentlichen Dienst. Die Kommission sieht Europa angesichts der Wachstumsschwäche und der anhaltenden Nullzinsphase vor einem Paradigmenwechsel. Der neue italienische EU-Kommissar, zuständig für Wirtschaft, Paolo Gentiloni, fordert vor diesem Hintergrund eine „antizyklische Finanzpolitik“. Das Ziel langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen soll mit „massiven Investitionen“ vereinbar sein. Die Kommission ruft alle Interessenträger, darunter auch die Sozialpartner und die nationalen Behörden, dazu auf, sich an der Konsultation über die Zukunft der wirtschaftspolitischen Steuerung zu beteiligen.

>>> Mehr

Gedämpftes Wirtschaftswachstum

Die am 13. Februar veröffentlichte Prognose der Europäischen Kommission sagt für 2020 und 2021 einen geringfügigen Rückgang des Wirtschaftswachstums voraus. Der zuständige Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis warnte im Zusammenhang mit „sich verändernden geopolitischen Verhältnissen“ vor weiteren Risiken. Dombrovskis rief die Mitgliedstaaten zu neuen Strukturreformen auf, also zu Reformen ihrer Wirtschafts– und Sozialsysteme. Von beträchtlichen Unsicherheiten sprach auch Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. Was das Coronavirus angehe, sei es noch zu früh die Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU zu beurteilen. Die Kommission geht davon aus, dass es im Falle einer Wachstumskrise einer expansiveren Haushaltspolitik, also größerer öffentlicher Ausgaben, bedarf. Ihre nächste Wachstumsprognose wird die Kommission am 7. Mai 2020 vorlegen.

>>> Mehr

Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung

Die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (IWF) wollen ihre Zusammenarbeit zur Förderung

nachhaltiger Entwicklung stärken. Ende Januar unterzeichneten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die geschäftsführende Direktorin des IWF, die ehemalige bulgarische EU-Kommissarin Kristalina Georgieva, eine Finanzpartnerschafts-Rahmenvereinbarung. Die neue Vereinbarung ermöglicht, dass einfacher und rascher vertragliche Vereinbarungen geschlossen werden können. Mit solchen Maßnahmen soll Krisenländern in der Welt geholfen werden, zu neuer Stabilität zu finden. Dabei werden insbesondere eine verantwortungsvolle wirtschaftspolitische Steuerung, die öffentliche Finanzverwaltung, die Mobilisierung inländischer Einnahmen, der Aufbau von Institutionen sowie die weiter gefasste Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützt. Die neue Vereinbarung berücksichtigt insbesondere die Herausforderungen, die mit dem Klimawandel und der Digitalisierung einhergehen.

Kristalina Georgieva, hier mit Präsidentin von der Leyen, erklärte: „Die Vereinbarung wird unsere Zusammenarbeit vertiefen und es uns ermöglichen, gemeinsam mehr zu erreichen, insbesondere dort, wo es am wichtigsten ist – in Ländern mit niedrigem Einkommen und fragilen Staaten."
© EC Audiovisual Service/ Etienne Ansotte

>>> Mehr

Bundesrat zur A1-Bescheinigung

Auf Antrag des Landes Niedersachsen behandelte der Bundesrat am 21. Februar eine Entschließung zur so genannten A1-Bescheinigung und verwies diese zur Beratung an die Ausschüsse. Mit der A1-Bescheinigung müssen abhängig Beschäftigte ihren Sozialversicherungs– oder Beamtenstatus bei Einsätzen im EU-Ausland nachweisen. Jährlich sind das etwa 300.000 Bescheinigungen und voraussichtlich bald deutlich mehr, weil einzelne EU-Staaten diese Bescheinigungen inzwischen strenger kontrollieren. Die Bundesregierung soll sich laut Entwurf für eine Erleichterung des Anmeldeverfahrens und für eine EU-weit einheitliche digitale Meldeplattform einsetzen. Kurze Dienst– und Geschäftsreisen bis zu einer Dauer von einer Woche sollen von der Meldepflicht freigestellt werden. Das beträfe das Gros der Fälle. Dennoch wird in der Entschließung betont, dass die Behörden wirksam gegen Schwarzarbeit und Sozialdumping vorgehen sollen. Die einschlägige EU-Verordnung und Richtlinie seien entsprechend anzupassen.

>>> Mehr

Parlament will faire und sichere KI

In seiner Entschließung vom 12. Februar verlangt das Europäische Parlament strengere Regeln für die Künstliche Intelligenz. Die schnelle Entwicklung der KI mache Anpassungen vor allem im Verbraucherschutz erforderlich. Besondere Aufmerksamkeit des Gesetzgebers erfordere die automatisierte Entscheidungsfindung. Das Parlament verlangt eine angemessene Informationspflicht der Anbieter solcher KI basierter Dienste für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Menschliche Ansprechpartner müssten weiterhin erreichbar sein, damit Entscheidungen eines Systems überprüft und erforderlichenfalls korrigiert werden können. Die Algorithmen müssten „nachvollziehbar" und „tendenzfrei" sein. Automatisierte Entscheidungen dürfen zu keinerlei Diskriminierung führen. Menschen müssten weiterhin letztverantwortlich für alle Entscheidungen bleiben.

>>> Mehr

Einwandfreies und sauberes Trinkwasser

Am 5. Februar bestätigten die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) eine vorläufige Einigung über einen Vorschlag zur Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie. Mit den Vorschriften sollen die Qualitätsstandards für Trinkwasser auf den neuesten Stand gebracht werden. Dabei geht es vor allem um die Überwachung der Trinkwasserqualität. Außerdem werden darin Mindesthygieneanforderungen für Materialien festgelegt, die mit Trinkwasser in Berührung kommen, wie etwa Leitungen. Die Überarbeitung der Richtlinie geht auf die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht!" (Right2Water) zurück. Am 18. Februar stimmt der Umweltausschuss im Europäischen Parlament über die Richtlinie ab.

>>> Mehr

© EC Audiovisual Service/ Théordore Boermans

Europäischer Grüner Deal

Stellungnahme des dbb

Auch für den dbb als gewerkschaftliche Spitzenorganisation für den öffentlichen Dienst ist das Thema Klimawandel von erheblicher Bedeutung, weshalb der dbb die Initiative der neuen Europäischen Kommission für einen europäischen Grünen Deal grundsätzlich begrüßt und mit großem Interesse begleitet.

Es ist davon auszugehen, dass der Übergang in eine CO_2-arme oder gar -neutrale Wirtschaft auch die öffentliche Verwaltung und die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse einem tiefen Wandel unterziehen wird. Aus dbb Sicht gehen mit einem solchen Wandel, der in engem Zusammenhang mit der Digitalisierung zu sehen ist, auch Chancen einher.

Die Kommission betont in ihrer Mitteilung zum europäischen Grünen Deal die Notwendigkeit der Mobilisierung insbesondere privaten Kapitals zur Erreichung ihrer Klimaziele. Der dbb teilt diese Auffassung insoweit, als der von der Kommission beschriebene „Übergang“ nicht ohne Innovationen und entsprechende Investitionen der Wirtschaft zu bewältigen sein wird.

Gleichzeitig legt der dbb Wert darauf, dass der Grüne Deal nicht dazu missbraucht wird, neue Privatisierungswellen auszulösen. Es wäre nicht zielführend, wenn es nur darum ginge, rentable Anlagemöglichkeiten für privates Kapital zu finden. Die Maßnahmen gegen den Klimawandel werden nicht „gerecht und inklusiv“ sein, wenn sie mit der Privatisierung der Chancen, die in der Transformation zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Gesellschaft liegen, und der Sozialisierung ihrer Risiken einhergehen.

Der dbb sieht die öffentliche Hand auch nicht nur gefordert, öffentliche Investitionen zielgerichtet vorzunehmen und Anreize für privatwirtschaftliches Engagement oder öffentlich-private Partnerschaften zu setzen. Vielmehr muss es darum gehen, Gemeinwohl in Teilen neu zu definieren und der Gesellschaft insgesamt einen verlässlichen Rahmen für den gebotenen Wandel zu bieten. Diese Transformation macht nicht anders als die Digitalisierung und der demographische Wandel teils neue staatliche Aufgaben erforderlich und verändert viele bestehende.

Der dbb betrachtet die Zielsetzungen des europäischen Grünen Deals als sehr ambitioniert, großenteils aber notwendig, um die Chance auf die Begrenzung der Erderwärmung zu bewahren. Europa allein wird die Welt nicht retten können. Es ist aber mit seinen 450 Millionen Einwohnern und seinem Binnenmarkt nach wie vor eine Größe, die zählt und Standards in der Welt zumindest beeinflussen kann.

Der dbb warnt allerdings auch vor Übertreibungen und Hysterie und vor allem vor radikalen Vorstellungen, die mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die es in Europa zu verteidigen gilt, unvereinbar wären.

Der Wandel bietet die Chance für eine umfassende Modernisierung Europas. Die Qualität staatlicher Aufgaben wie der Bildung und vieler weiterer neuer und alter Bereiche der Daseinsvorsorge wird mitentscheidend sein für Erfolg oder Misserfolg des Übergangs in eine klimaneutrale Zukunft. Es wird in Anbetracht der Größe der Aufgabe und Herausforderung erforderlich sein, auch neue öffentliche Aufgaben zu definieren.

>>> Mehr

© Photo by Drew Beamer on Unsplash

Konferenz zur Zukunft Europas

Stellungnahme des dbb

Wie es mit der Europäischen Union weitergehen soll, wird seit vielen Jahren diskutiert. Die EU-Staaten sind jedoch teils tief zerstritten, driften auseinander. Nun sollen die Bürgerinnen und Bürger es richten, an einer Konferenz über die Zukunft Europas beteiligt werden.

Am 16. Juli 2019 präsentierte die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, einen Vorschlag für eine Konferenz über die Zukunft Europas, die noch keinen neuen Konvent darstellen, dafür aber Bürgerinnen und Bürger einbeziehen soll. Der Europäische Rat verabschiedete am 12. Dezember Schlussfolgerungen, das Parlament am 15. Januar 2020 einen Standpunkt zur Konferenz über die Zukunft Europas. Am 22. Januar veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung über die Gestaltung dieser Konferenz, am 29. Januar nahmen die Präsidenten von Parlament, Rat und Kommission gemeinsam Stellung.

Der dbb begrüßt alle Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, die europäische Ordnung zu bewahren, die den an ihr beteiligten Staaten eine historisch außergewöhnliche Zeit der staatlichen Stabilität, des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands gesichert hat. In seiner Stellungnahme weist der dbb darauf hin, dass diese europäische Ordnung sich in der Europäischen Union manifestiert, für die niemand, auch ihre schärfsten Kritiker, keine überzeugende Alternative aufzeigen können. Deshalb könne es nur darum gehen, die Europäische Union unter Beachtung der kulturellen und regionalen Vielfalt Europas sowie der mitgliedstaatlichen Kompetenzen und Traditionen so zu reformieren, dass sie bürgernäher, demokratischer, handlungsfähiger und (wieder) zukunftsfest wird.

Mit großer Sorge beobachtet der dbb die anhaltende Stärke populistischer Bewegungen, die relative Schwäche traditioneller demokratischer Parteien und die damit einhergehende Schwächung der repräsentativen Demokratie.

Der dbb beklagt insbesondere eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft in praktisch allen EU-Mitgliedstaaten, die sich unter anderem auch in immer mehr Übergriffen, in physischer und psychischer Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger äußert.

Die Konferenz über die Zukunft Europas betrachtet der dbb als Chance mit hohen Risiken. Er bewertet die Konferenz als Chance, wenn sie zu verbindlichen Antworten auf die teils seit vielen Jahren offenen institutionellen Fragen führt und in einen neuen Konvent oder eine Regierungskonferenz überführt wird. Sie ist jedoch riskant, wenn sie wie die bereits EU-weit erfolgte Debatte über das Weißbuch zur Zukunft Europas zu keinen konkreten Ergebnissen führt, zumal nun eine systematische Bürgerbeteiligung erfolgen soll.

Gerade vor dem Hintergrund der Welle des Populismus ist es unverzichtbar, die auf rechtsstaatlichen Grundsätzen basierende repräsentative Demokratie auf allen Ebenen in Europa zu schützen und zu stärken. Deshalb warnt der dbb vor der Propagierung direktdemokratischer Partizipationsformen, die letztlich nur zur Schwächung bestehender Institutionen führen und der Elitenkritik populistischer Kräfte in die Hände spielen. Die avisierte Bürgerbeteiligung per Losverfahren kann zu gravierenden Schwierigkeiten führen, wenn diese Beteiligung nicht mit größter Sorgfalt erfolgt.

>>> Mehr

© Marco Urban, 2020

Silberbach auf dbb Jahrestagung in Köln: Warnung vor Rückkehr der Extreme

Die Rückkehr der Extreme, das Schrumpfen der sogenannten politischen Mitte, das seien keine unbekannten Phänomene, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in seiner Rede auf der dbb Jahrestagung in Köln. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung stehe in mehreren EU-Staaten unter Druck. „Europa muss auf diesem Weg fest zusammenhalten. Wir dürfen uns nicht von Dritten auseinanderdividieren lassen“, so Silberbach. Die neue Kommission stehe vor enormen Herausforderungen, müsse klare Haltung zeigen, insbesondere dort, wo rechtsstaatliche Prinzipien gefährdet sind.

>>> Weiterlesen

© Jan Brenner, 2020

Start der neuen Europäischen Kommission

Der Vorsitzende der dbb Grundsatzkommission für Europa, Dietmar Knecht, erklärte anlässlich des Starts der neuen Europäischen Kommission, der dbb begrüße alle Initiativen für eine qualitativ hochwertige, europäisch vernetzte öffentliche Infrastruktur. Diese Initiativen müssten den Bürgerinnen und Bürgern Europas zugute kommen. Knecht warb auch für die europäische Säule sozialer Rechte, die es weiter umzusetzen gelte. Er betonte aber auch, dabei müsse der Grundsatz der Subsidiarität ebenso gewahrt bleiben wie die Besonderheiten des öffentlichen Dienstrechts.

>>> Weiterlesen

© CESI, 2019

Jugend übergibt Europa-Vision an Bundesregierung

Die dbb jugend hat gemeinsam mit den Jugendverbänden, die sich unter dem Dach der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) vereinen, ihre gemeinsame Vision für ein Europa im Jahr 2049 an die Bundesregierung übergeben. Unter dem Motto „Mach’s krasser!“ hatte sich auch die dbb jugend an dem demokratischen Experiment beteiligt und ihre Standpunkte in die Vision eingebracht. Stellvertretend für den dbb war CESI Youth Sprecher Matthäus Fandrejewski dabei. Gemeinsam mit Malte Steuber, dem Bundesvorsitzenden der Jungen Europäischen Föderalisten, diskutierte Fandrejewski die Themen Bildung, Jugend und Demokratie.

>>> Weiterlesen

Vorankündigung

31. Europäischer Abend

Unter Druck: Zivilgesellschaft zwischen Polarisierung und Repression

Montag, 27. April 2020

Einlass: 17:30 Uhr | Beginn: 18:30 Uhr

dbb forum berlin
Friedrichstraße 169 | 10117 Berlin

#EURAbend

u.a. mit Bundesministerin **Dr. Franziska Giffey**, **Gabriele Bischoff MdEP**, **Jens Martens**, **Arno Metzler**, **Arnaud Schwartz** und **Ulrich Silberbach**

Staatsrätin Almut Möller: „Europa begegnet ständig, überall“

© Senatskanzlei Hamburg

Europathemen: Sie sind als politische Analystin in die Politik gewechselt, seit Oktober 2019 politische Beamtin. Wie sind Ihre ersten Eindrücke im Amt als Bevollmächtigte beim Bund und der Europäischen Union?

Möller: Ich bin ungefähr 20 Jahre in der Analyse von politischen Entwicklungen und auch in der Beratung zu europäischen und internationalen Fragen unterwegs gewesen. Der Wechsel hat mich sehr gereizt, und das Portfolio als Bevollmächtigte ist sehr vielseitig. Es umfasst alles, was die Außenbeziehungen der Freien und Hansestadt Hamburg ausmacht. Auf der einen Seite ist das die Arbeit beim Bund, also all das, was im Bundesrat und auch im Bundestag passiert. Auf der anderen Seite sind das die internationalen und europäischen Themen. Die sind in Hamburg sehr ausgeprägt, weil wir ein Stadtstaat mit langer Geschichte sind. Hamburg hat immer nach außen geschaut, in der Hanse eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben heute in Hamburg ungefähr 100 Konsulate, ganz vielseitige internationale Beziehungen. Ja, die neue Aufgabe macht mir sehr viel Freude.

Europathemen: Welchen Anteil hat die europäische Aufgabe im Verhältnis zur nationalen?

Möller: Wieviel Zeit ich mit Europa verbringe, ist eine gute Frage. Das kann man gar nicht mehr so abgrenzen. Die Europäisierung unserer Politik ist so weit vorangeschritten, dass uns das Thema Europa überall ständig begegnet. Das Interessante in einem Stadtstaat ist, dass die Ebenen sehr dicht beieinander sind und eng miteinander verwoben. Europapolitik ist auch integraler Bestandteil unserer Aufgabe im Bundesrat. Zudem haben wir in Hamburg spezifische Interessen, für die eine funktionierende Europäische Union unverzichtbar ist. Unsere Wirtschaftsstruktur ist ganz klar auf Integration, offene Märkte und internationalen Handel ausgerichtet. Auf dieser Basis konnte Hamburg über viele Jahrzehnte ein Erfolgsmodell sein.

Europathemen: Hamburg ist im Vergleich zu Baden-Württemberg, Bayern oder Nordrhein-Westfalen von relativer Größe. Wie wirkt sich das bei der Mitwirkung an europäischen Fragen aus? Welches Gewicht hat Hamburg dabei?

Möller: Es gibt wie bei den Mitgliedstaaten in der Europäischen Union ja eine Stimmengewichtung im Bundesrat, und da gehören wir natürlich im Vergleich zu bevölkerungsreicheren Bundesländern nicht zu denjenigen, die an vorderster Front sind. Aber ich glaube, dass sich die Fähig-

keit mitzugestalten auch anders bemessen lässt, nämlich hinsichtlich der eigenen Fähigkeit, Interessen strategisch zu formulieren, Akteure zu mobilisieren, Präsenz bei all den Themen zu zeigen, die im Bund und in Europa wichtig sind.

Was uns von anderen Bundesländern unterscheidet, ist unser Hafen. Er ist sehr wichtig für die Stadt und Deutschland, denn er verbindet uns aufs Engste mit Europa und der Welt. Dieser Faktor bestimmt unsere Sicht auf viele Themen der europäischen und der internationalen Politik. Das gilt etwa für unsere Beziehung zu China, aber auch für alle Fragen, die sich um die Ostsee abspielen, also unsere regionale Kooperation. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbar-Bundesländern mit einer nordischen Perspektive, mit Schleswig-Holstein, mit Niedersachsen, mit Mecklenburg-Vorpommern ist eng. Wir nehmen im Bund eine Perspektive ein, die oft auch im Kontext unserer europäischen Geographie im Norden zu sehen ist. Ich glaube, dass Regionen wie die Ostsee in der Europäischen Union an Bedeutung gewinnen werden, und ich glaube, dass wir da gut aufgestellt sind.

Europathemen: Wie ist Ihre Zusammenarbeit mit europäischen Partnern, speziell auch mit den Ostseeanrainern? Helfen Ihnen europäische Allianzen auch in der Durchsetzung Hamburger Interessen im Bund?

Möller: Es gibt eine ganze Reihe von Netzwerken, in denen wir aktiv sind, beispielsweise das STRING-Netzwerk mit Dänemark, Schweden und Norwegen, an dem auch Schleswig-Holstein beteiligt ist. Das ist ein Verbund von Städten und Metropolregionen im Umfeld der Ostsee, die gemeinsam versuchen, politische Akzente zu setzen und gemeinsame Interessen durchzusetzen. Hamburg ist außerdem Teil von Eurocities, einem Netzwerk von wichtigen europäischen Städten. Kürzlich habe ich an der Eurocities-Jahreskonferenz in unserer Partnerstadt Prag teilgenommen. Über die Eurocities ist Hamburg mit anderen europäischen Städten vernetzt, die ähnliche Fragen beschäftigen, etwa in der Bewältigung ihrer Probleme bei Themen wie Mobilität, Digitalisierung oder Nachhaltigkeit. Unser Anliegen ist, im Verbund mit anderen eine stärkere Stimme zu haben, vor allem auch gegenüber den Europäischen Institutionen in Brüssel.

Europathemen: Wie viele Mitarbeiter des Stadtstaats sind mit europäischer Politik befasst?

Möller: Das lässt sich schwer beantworten. Die europäische Politik ist ja eine Querschnittsaufgabe und betrifft praktisch alle Behörden der Stadt. In der Abteilung „Angelegenheiten der Europäischen Union“, deren politische Leitung ich innehabe, befassen sich insgesamt 13 feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit europäischer Politik - acht davon arbeiten in Hamburg im Referat Europapolitik, fünf sind im Hanse-Office tätig, der gemeinsamen Vertretung der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel.

Der Brexit hat uns allen deutlich gemacht, wie stark die Verwaltungen in den Mitgliedstaaten mit der EU verflochten sind. Um dieser Verflechtung gerecht zu werden, müssen wir die Europafähigkeit der Verwaltung beständig stärken. Deshalb legen wir großen Wert darauf, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechende Fortbildungsangebote wahrnehmen können und ihnen einen Einsatz in den Europäischen Institutionen – etwa im Rahmen des Programms „Nationale Sachverständige in der beruflichen Weiterbildung“ - ermöglicht wird.

Im Bundesrat: Almut Möller mit ihrem Chef Peter Tschentscher, dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
© Senatskanzlei Hamburg

Europathemen: Welche Folgen hat der nun erfolgte Brexit für Hamburg?

Möller: Das ist ein sehr wichtiges Thema, das uns seit dem Referendum vor bald vier Jahren intensiv beschäftigt hat. Seit dem Austritt am 31. Januar 2020 haben wir eine etwas klarere Perspektive, allerdings noch alles andere als Gewissheit über die künftigen Beziehungen. Es gibt ganz vielfältige Beziehungen, nicht nur Wirtschaftsbeziehungen, auch Kulturbeziehungen zwischen Hamburg und dem Vereinigten Königreich. Hamburg gehört sicher zu den Bundesländern, die den Austritt Großbritanniens aus der EU besonders bedauern.

Großbritannien gehört zu Hamburgs wichtigsten Handelspartnern in der EU. Das heißt, dass unsere Wirtschaft vom Brexit betroffen sein wird. Allerdings haben wir die Zeit auch genutzt und sind gut vorbereitet. Das gilt für unsere Behörden ebenso wie für unsere Unternehmen. Ich glaube, dass sich daher einiges abfedern lässt. Es gibt eine fortlau-

fende Bewertung der Lage, so dass wir erforderlichenfalls schnell reagieren können. Ich gehe davon aus, dass die wirtschaftlichen Folgen des Brexits für Großbritannien größer sein werden als für uns in Deutschland und Hamburg. Es gibt im Übrigen bereits Neuansiedlungen aus Großbritannien in Hamburg.

Besonders wichtig war uns auch die Frage, was eigentlich mit den Britinnen und Briten in Hamburg passiert. Wir haben ihnen viel Unterstützung gegeben. Es gab eine sehr intensive Informationspolitik, und wir werden ihnen bei der Erlangung von jetzt nötigen Aufenthaltstiteln sehr unbürokratisch helfen.

Und wir haben auch geschaut, wo wir in der Verwaltung personell aufstocken müssen. Es gibt eine Arbeitsgruppe aller Behörden, die sich mit der Bewältigung des Brexits beschäftigt und die Lage laufend neu bewertet. Das unterscheidet uns nicht von anderen Bundesländern, die gleichermaßen betroffen sind.

Europathemen: Wie zufrieden sind Sie mit der europäischen Kompetenzordnung, der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten? Wie findet sich eine Region wie das Bundesland, der Stadtstaat Hamburg darin wieder?

Möller: Den Mix aus alleinigen und geteilten Zuständigkeiten kennen wir als föderaler Bundesstaat natürlich gut. Für uns ist es daher selbstverständlich, dass es bestimmte Regelungsbereiche gibt, die besser auf größerer Ebene geklärt werden. So profitieren wir zum Beispiel beim Thema Binnenmarkt stark von einer Harmonisierung. Gleichzeitig garantiert das Subsidiaritätsprinzip den Regionen einen gewissen Schutz ihrer regionalen Kompetenzen und Besonderheiten. Es gehört aber zu einem Integrationsprozess dazu, immer wieder gemeinsame Schnittstellen zu suchen und Kompromisse zu finden.

Verfassungsrechtlich wirken die Länder gemäß Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz in Angelegenheiten der Europäischen Union durch den Bundesrat. In meiner Funktion als Bevollmächtigte beim Bund stimme ich auch über Stellungnahmen des Bundesrates zu europäischen Vorhaben ab. Und das sind nicht wenige! Insoweit hat Hamburg natürlich einen großen Vorteil gegenüber vielen anderen Regionen in Europa. So können wir als Teil eines Bundesorgans unsere Belange viel direkter in europäische Vorhaben einbringen. In diesem Zusammenhang erkennen wir aber auch deutlich, wenn EU-Recht bei der Umsetzung auf regionaler Ebene im Widerspruch zu seinen eigentlich sinnvollen Inhalten steht. Denn viel von dem, was in Brüssel beschlossen wird, muss in den Regionen umgesetzt werden.

Europathemen: Was würden Sie in einem neuen EU-Vertrag an der Kompetenzordnung, der Verteilung der Zuständigkeiten ändern?

Möller: Ich halte das ehrlich gesagt derzeit nicht für die entscheidende Frage. Entscheidend ist vielmehr, wie wir die bestehenden Möglichkeiten nutzen. Nach all den großen Vertragsreformen seit den 80er Jahren ist die EU als politisches System im letzten Jahrzehnt gereift. Das ist die positive Seite der Krisenjahre. Und die EU nun wirklich politisch zu gestalten, mit all den Arenen und Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen, das ist für mich die eigentliche Aufgabe.

Europathemen: Was sind die für Hamburg aktuell wichtigsten europapolitischen Fragen?

Möller: Wir begleiten momentan intensiv die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), dem siebenjährigen Haushaltsbudget der EU. Hamburg erhält nur einen vergleichsweise geringen Anteil an Kohäsionsmitteln, also Strukturförderung. Deshalb liegt unser Interessenschwerpunkt vor allem in den Bereichen Forschung und Innovation. Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung dieser Bereiche durch das entsprechende EU-Rahmenprogramm, das Nachfolgeprogramm von „Horizont 2020“, ein. Gleichzeitig zeigen wir uns auch solidarisch mit anderen Ländern und Regionen, die mehr auf die Mittel aus der Strukturförderung setzen müssen.

Wir müssen für ein Europa arbeiten, das zusammenhält. Wie stark dieser Zusammenhalt bedroht ist, hat uns das vergangene Jahrzehnt doch gezeigt. Wenn es der EU und ihren Mitgliedern insgesamt nicht gut geht, dann ist das auch nicht gut für uns in Hamburg. Deshalb müssen wir immer auch das „große Ganze“ im Blick haben.

Natürlich beschäftigt uns weiterhin der Brexit als Stadt, die mit Großbritannien wirtschaftlich, aber auch im Bildungs-, Forschungs- und Kulturbereich eng verbunden ist. Wichtig ist es deshalb, dass wir jetzt daran arbeiten, für die Zukunft Brücken zu schlagen.

Europathemen: Wie will Hamburg sich in die von Ursula von der Leyen ausgerufene Konferenz zur Zukunft Europas einbringen?

>>> Weiterlesen

Neues von der CESI

Öffentlicher Dienst und soziales Europa

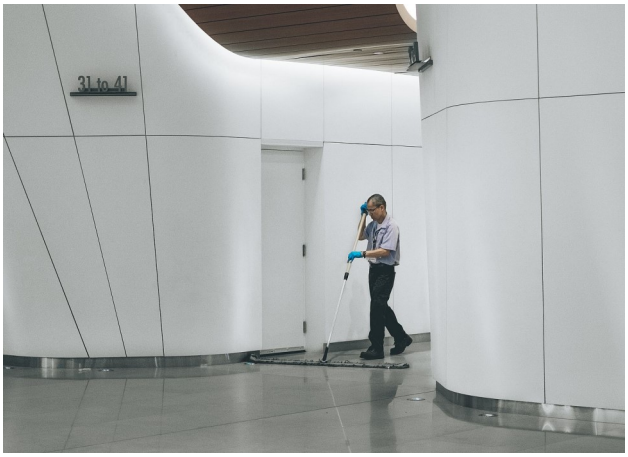
Ende Januar begann die CESI-Europaakademie mit der Umsetzung eines neuen, von der Europäischen Kommission teilfinanzierten Projekts zur Bedeutung der öffentlichen Dienste und Verwaltungen für ein soziales Europa. Ziel des Projekts ist, herauszuarbeiten, wie der öffentliche Dienst und seine Bediensteten helfen können, die Ziele der neuen, sogenannten Europäischen Säule sozialer Rechte zu erreichen. Neben einer komparativen Studie und einer Reihe von Veranstaltungen für Mitglieder der CESI soll eine Sensibilisierungskampagne als Teil des Projekts Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung von finanziell und personell ausreichend ausgestatteten Verwaltungen für die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Dienste näherbringen.

>>> Mehr

Europäischer Mindestlohn

Die Europäische Kommission hat sich für einen verbindlichen Rahmen für Mindestlöhne in Europa ausgesprochen. Damit will Brüssel den wirtschaftlichen und sozialen Wandel entsprechend der Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte begleiten. Das Präsidium der CESI sprach sich auf seiner Sitzung im Dezember für verbindliche europäische Ziele aus. Diese sollen darauf abzielen, Schlupflöcher für ungebührliche Lohnniveaus, die zu prekären Verhältnissen führen, EU-weit zu beseitigen. Großen Wert legt das Präsidium darauf, vor der Einführung verbindlicher Maßnahmen durch den Gesetzgeber zunächst den europäischen Sozialpartnern die Gelegenheit zu geben, untereinander angemessene Regelungen zu finden.

>>> Mehr



© Verne Ho on Unsplash

Zukunft der Arbeit

Auf seiner letzten Sitzung des Jahres im Dezember nahm das Präsidium der CESI ein übergreifendes Papier zur Zukunft der Arbeit an. Ziel der Resolution ist, das Generalsekretariat der CESI pünktlich zur neuen EU-Legislaturperiode mit einem breiten inhaltlichen Mandat für die künftige Interessenvertretung der CESI auszustatten. In drei Teilen – Sozialschutz, Arbeitsrecht und Interessenvertretung durch Gewerkschaften– werden wichtige Handlungsvorgaben umrissen, die mittelfristig als Kompass dienen.

>>> Mehr

© Alex Kotliarskyi on Unsplash

Neues von der CESI

CESI-Konferenz mit Bundesarbeitsminister Heil

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und der europäische Arbeitskommissar Nicholas Schmidt nahmen am 9. Dezember an einer Konferenz der CESI zur Regulierung atypischer Beschäftigung teil. Diese Konferenz richtete die CESI gemeinsam mit der Brüsseler Denkfabrik European Policy Centre (EPC) und der World Employment Confederation (WEC) aus. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Veröffentlichung einer Studie von EPC, WEC und CESI zur Regulierung atypischer und neuer Beschäftigungsformen. Stefan Nowatschin, stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundesverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), sprach für die CESI zu nötigen Reformen von Ausbildungssystemen für zukunftsorientierte Arbeitsmärkte.

>>> Mehr

© CESI, 2019

Tagungen der Berufsräte

Ende 2019 hatten die CESI-Berufsräte Bildung (29. November), Zentral- & Regionalverwaltungen (5. Dezember) und Post & Telekommunikation (18. Dezember) Vertreter der Europäischen Kommission geladen, um sektorspezifische Anliegen und kommende EU-Initiativen zu erörtern. Während sich der Berufsrat Post & Telekommunikation vorrangig auf die Bedeutung von Universaldiensten konzentrierte, machte der Berufsrat Bildung Beschäftigungsbedingungen von Lehrern zum Thema. Übergreifender Gegenstand der Berufsräte Zentral- & Regionalverwaltungen waren Rekommunalisierungstenzenden in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU.

>>> Mehr

© CESI, 2020

CESI Youth im Europäischen Jugendforum

Auf einer Generalversammlung im französischen Amiens stimmten die Mitglieder des Europäischen Jugendforums – der maßgeblichen europäischen Jugendlobby – Ende November mit großer Mehrheit für die Aufnahme der CESI Youth als ‚Candidate Member' in ihre Organisation. Nachdem die CESI Youth bislang Beobachterstatus innehatte, ist sie nun berechtigt, sich in zwei Jahren formell als volles Mitglied bestätigen zu lassen. Bereits ab sofort ist die CESI Youth in alle Arbeitsstrukturen des Jugendforums integriert. Die CESI Youth verspricht sich von der Mitgliedschaft beim Europäischen Jugendforum, neue Partner zu finden und sich auf dem Brüsseler Parkett weiter zu vernetzen.

>>> Mehr

© CESI, 2019

Neues von der CESI

Runder Tisch Verteidigung im Parlament

Auf Initiative der CESI fand am 29. Januar erstmals ein Runder Tisch Verteidigung im Europäischen Parlament statt. CESI-Mitglieder und Vertreter der EU-Institutionen erörterten mit Blick auf die Bedürfnisse des militärischen und zivilen Personals der Streitkräfte die Perspektiven einer neuen Europäischen Verteidigungsunion. Zusammen mit Abgeordneten des Parlaments und hochrangigen Vertretern aus Kommission und NATO soll in Zukunft zumindest einmal jährlich ein Treffen stattfinden. Auf der ersten Veranstaltung, die unter der Schirmherrschaft des EU-Abgeordneten Lukas Mandl stattfand, wurde der dbb von Klaus Schütte vom Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) vertreten.

>>> Weiterlesen

© CESI, 2020

Erklärung zur Zukunft des Postsektors

Zusammen mit UNI Europa und PostEurop, ihren Partnern im europäischen sozialen Dialog Postdienste, verabschiedete die CESI im Dezember gemeinsame Erklärungen zur Zukunft des Postsektors. So wird die Europäische Kommission aufgefordert, bei einer geplanten Evaluierung der EU-Postdiensterichtlinie 97/67/EG die zentrale Bedeutung von Universaldiensten für funktionierende nationale Postmärkte für Nutzer, Dienstleister und Beschäftigte zu beachten. In einer zweiten Erklärung legen CESI, UNI Europa und PostEurop Schwerpunkte ihrer künftigen gemeinsamen Arbeit im sozialen Dialog fest. Dabei stehen die Themen Digitalisierung und Weiterbildung im Vordergrund. Die Arbeit an einem gemeinsamem Projekt zu Arbeitsumfeldern im digitalen Zeitalter hat bereits begonnen.

>>> Weiterlesen

Aufruf für neue EU-Gleichstellungsstrategie

Zum Start der neuen Europäischen Kommission rief die CESI dazu auf, möglichst rasch eine neue, ambitionierte Gleichstellungsstrategie vorzulegen. Nachdem die Europäische Kommission zwischen 2016 und 2019 keine Strategie in ihrer gewohnten Form unterstützt hatte, legte die CESI nun Vorschläge für eine erneuerte politische Vision vor, wie in der EU auf allen Ebenen des Berufs-, Privat- und Gesellschaftslebens mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern erreicht werden kann. Eine neue Strategie sollte die Europäische Kommission noch 2020 vorlegen, fordert die CESI.

>>> Weiterlesen

© Claudio Schwarz | @purzlbaum on Unsplash

Europas Aufgaben und die Bedeutung der Kommunen und Regionen

©FKPH

von Sabine Verheyen,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seit dem 1. Dezember 2019 ist die neue Europäische Kommission offiziell im Amt. 26 Kommissare aus den EU-Mitgliedstaaten mit Ursula von der Leyen an ihrer Spitze. Ein gutes halbes Jahr ist nun vergangen, seitdem Ursula von der Leyen zur neuen EU-Kommissionspräsidentin gewählt wurde. In der Zwischenzeit wurden im EU-Parlament die Kommissionsmitglieder und ihre Kompetenzen durch die Abgeordneten auf den Prüfstand gestellt. In den sogenannten Anhörungen mussten die Kandidaten ihre persönliche Eignung sowie Fachkompetenz beweisen. Der Anhörungsprozess war lang und hart, aber auch fair und sorgfältig. Es gab dem Kommissionsteam die Glaubwürdigkeit und Legitimität, die es für diese bedeutungsvollen Aufgaben braucht. Im Plenum hat die Mehrheit der Abgeordneten schließlich grünes Licht gegeben und die neue Kommission für die Amtszeit bis Ende 2024 gewählt.

In dieser Zeit gilt es schwierige Aufgaben zu bewältigen. Denn zweifelsohne steht Europa vor großen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam meistern können. Mit Ursula von der Leyen an der Spitze der EU-Kommission haben wir eine tatkräftige Persönlichkeit. Sie will Europa für die Zukunft wappnen und verspricht den Europäern einen Neustart. Sie will, dass Europa entschlossen Tempo macht beim Klimaschutz, bei der Digitalisierung und Innovation sowie mit neuen Vorschlägen bei der Migration. Die Bürger sollen spüren, dass es vorwärts geht in Europa. So soll die EU bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Ein Wandel, der fair und inklusiv vollzogen werden soll. Europa soll zudem Vorreiter im digitalen Sektor sein und die Innovationsfähigkeit und Technologieführerschaft unserer Unternehmen stärken. Als EU-Parlament wollen wir unser Europa zusammen mit ihr gestalten und es weiter voranbringen. Dabei werden wir die Gesetzesvorschläge der Kommission jedoch genauestens prüfen und wenn nötig einschreiten.

Europäische Politik darf die Regionen und Kommunen nicht unnötig belasten. Doch mit Blick auf die ehrgeizigen Ziele der neuen Kommission wird auch deutlich, dass es ohne die Regionen und Kommunen nicht geht. Eine besondere Herausforderung wird natürlich der so genannte

„Green Deal“. Wenn die EU bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden soll, müssen alle Ebenen in diesen Prozess einbezogen werden.

Bei allem Tatendrang dürfen wir nicht vergessen, dass es der EU ohne die Mitarbeit der Kommunen und Regionen nicht gelingen wird ihre Ziele umzusetzen. Bei der Planung europäischer Projekte spielen die europäischen Städte und Regionen besonders seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 eine größere Rolle als je zuvor: Über 60 Prozent aller auf EU-Ebene verabschiedeten Gesetze haben direkte Auswirkungen auf die Kommunalpolitik. Aus diesem Grund wurden die Rechte der Kommunen zur Mitwirkung auch deutlich gestärkt. Der Zuständigkeitsbereich der Regionen wurde vergrößert, und ihre Vertretung in Brüssel, der Ausschuss der Regionen, kann nun besser an der Gestaltung europäischer Gesetze mitwirken.

Sabine Verheyen während Erasmus+ Verhandlungen am 12. Februar 2020
© Europäisches Parlament, 2020

Das Europäische Parlament und die Städte und Kommunen erfüllen so einen gemeinsamen Zweck, denn beide vertreten die Bürgerinteressen auf EU-Ebene. Das Leben der 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger wird auf der lokalen Ebene täglich durch europäische Entscheidungen beeinflusst. Umgekehrt hauchen aber auch die Städte und Regionen der Europapolitik ‚Leben ein‘. Denn Völkerverständigung entsteht zuerst zwischen Menschen, nicht zwischen Staatsgebilden. Und Menschen begegnen sich lokal. Die Regionen und Kommunen spielen also eine wichtige Rolle bei der Entwicklung einer europäischen Identität. Sie sind ein ausschlaggebender Akteur für das Zusammenwachsen Europas wie auch für das Wachsen einer gelebten Demokratiekultur, europaweit und darüber hinaus.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass Europa auch für die Regionen und Kommunen viele Vorteile bringt. Von einheitlichen Regelungen konnten europäische Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger profitieren, und der Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern der EU brachte unsere Gemeinschaft weiter voran. Dem Voranschreiten der europäischen Integration haben wir in der Wirtschafts-, Umwelt- und Regionalpolitik, aber auch im Alltag viele Fortschritte zu verdanken. Dazu zählen beispielsweise die Öffnung der Landesgrenzen und damit der freie Personen- und Warenverkehr, Europäische Bildungsprogramme wie Erasmus+ aber auch die Abschaffung der Roaming Gebühren. Klimapolitik, Migration, Brexit, Sicherheit, internationaler Handel und andere Herausforderungen zeigen, dass Europa kein Selbstläufer ist. Wir müssen für Europa aufstehen, Gesicht zeigen und uns einsetzen.

Die Europäische Union muss bürgernah und kommunalfreundlich werden. Die Kommunen sollen ihren Bürgern eine lebenswerte Heimat sein. Deshalb gilt es, dem Subsidiaritätsprinzip auf allen Ebenen Geltung zu verschaffen. Europa, die Bundesrepublik, Länder und Kommunen sollten zusammen und nicht getrennt voneinander oder gar gegeneinander betrachtet werden.

Die kommunale Selbstverwaltung ist dabei unantastbar. Bei allen bevorstehenden Herausforderungen gilt es, eine EU-Politik mit überschaubaren und nachvollziehbaren Regelungen sowie transparenten und möglichst unbürokratischen Abläufen zu schaffen. Denn nur so ist Europa im Kleinen und im Großen stark. Wir dürfen unsere Regionen und Kommunen mit den vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht allein lassen, ob demographischer Wandel, Strukturwandel in der Landwirtschaft, der steigende Flächenverbrauch, Digitalisierung oder der Klimawandel und seine regional ganz spezifischen Auswirkungen. Die meisten Regionen und Kommunen benötigen bei diesen Herausforderungen weiterhin Unterstützung.

Die Europäische Union ist dort erfolgreich, wo sie den Bürgern einen klaren Mehrwert bringt. Dieser Grundsatz sollte uns bei der zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union leiten. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wird sich dafür stark machen, die Anforderungen so effektiv und sinnvoll wie möglich und mit Augenmaß zu gestalten.

>>> Weitere Informationen zur Gastautorin

Schwierige Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen

© European Communities, 1989 / Christian Lambiotte

Margret Thatcher sitzt eigentlich nicht mehr mit am Verhandlungstisch. 1984 knallte die Eiserne Lady auf dem Gipfel von Fontainebleau ihre Handtasche auf den Tisch und rief „I want my money back“. So will es zumindest die Legende. Trotzdem scheint der Europäische Rat auch nach dem EU-Austritt der Briten mehrere Staats– und Regierungschefs zu haben, die eher weniger als mehr in Europas Zukunft investieren wollen. Die Verhandlungen zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen gestalten sich jedenfalls schwierig. Am 20. Februar beginnt ein Sondergipfel, in dessen Verlauf der Ständige Ratspräsident Charles Michel viele Einzelgespräche führen will. Beobachter zweifeln aber daran, dass eine lange Verhandlungsnacht hier bereits den Durchbruch bringen wird. Die Bundesregierung stellt sich längst darauf ein, diese Verhandlungen erst während des deutschen Ratsvorsitzes in letzter Minute in einer „Nacht der langen Messer“ zum Abschluss zu bringen. Berlins Ratsvorsitz steht allerdings unter keinem guten Stern. Denn zumindest zwei der drei Parteien, die die Regierung tragen, durchleben tiefe Krisen. Kommt es möglicherweise doch schon unter kroatischem Vorsitz zu einem Ergebnis? Worum genau geht es überhaupt?

Ausgabenobergrenze

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) legt die Ausgabenobergrenzen für alle Ausgabenbereiche im Zeitraum 2021 bis 2027 fest. Die einzelnen jährlichen Haushalte, die von Parlament und Rat verabschiedet werden, bewegen sich zwingend in diesem Rahmen, über den in erster Linie die Mitgliedstaaten bestimmen. Der MFR 2014 bis 2020 endet zum 31. Dezember 2020.

„Uns läuft die Zeit davon“

... warnt Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, die gemäß ihres Initiativrechts bereits

im Mai 2018 den Vorschlag für den Finanzrahmen gemacht hat. Demnach sollen die Beiträge für die langfristige Finanzierung der EU bei 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens liegen. Das Europäische Parlament fordert demgegenüber eine Erhöhung auf 1,3 Prozent. 2014 bis 2020 lagen die Ausgaben für den gesamten Zeitraum bei 1.082 Milliarden Euro. Da die Briten als Beitragszahler künftig fehlen und die Preise jährlich steigen (Inflation), belaufen sich die Ausgaben nach dem Kommissionsvorschlag bis 2027 auf 1.135 Milliarden Euro. Geht es nach dem Parlament sind es sogar 1.324 Milliarden. Die Mitgliedstaaten wollen bisher nicht einmal dem Kommissionsvorschlag folgen. Auch in Berlin ist offiziell von nur einem Prozent die Rede.

Mehr Herausforderungen, neue Aufgaben

Die Kommission von der Leyen hat eine Reihe von Schwerpunkten in ihren politischen Leitlinien definiert, die auch in den Augen der Mitgliedstaaten Priorität haben sollen. Dazu zählen vor allem gemeinsame Maßnahmen gegen die Erderwärmung und zum Schutz der Umwelt, die Gestaltung des digitalen Wandels und eine sozial gerechte Begleitung beider Megatrends, also des Klimawandels und der Digitalisierung. Das kostet aber Geld, viel Geld. Zudem soll mehr als bisher für Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden, vor allem für den Ausbau europäischer Verteidigungsfähigkeiten. Die Mitgliedstaaten wollen darüber hinaus, dass mehr EU-Mittel in den Schutz der Außengrenzen fließen, mehr Gelder zur Verfügung stehen für die Asyl– und Migrationspolitik, wobei sie sich bis dato nicht auf gemeinsame Ansätze etwa einer fairen Verteilung von Schutzsuchenden einigen können.

Verhandlungstaktik bis zum Schluss?

Manches spricht dafür, dass Berlin taktisch agiert, um die besonders widerwilligen Dänen und Niederländer, aber auch die Österreicher am Ende mitnehmen zu können. Aus gut informierten Kreisen ist zu hören, dass intern von einem Ziel nahe der Kommissionsforderung von 1,11 Prozent ausgegangen wird. Für Deutschland wären dies jährlich rund zehn Milliarden Euro mehr als bisher. Deutschland, darüber herrscht weitgehend Konsens, profitiert ungemein von einer lebens– und leistungsfähigen EU. Die Argumente liegen auf der Hand. Deutschland ist rohstoffarm, als Handelsmacht auf den Binnenmarkt angewiesen, auf die Größenvorteile etwa gegenüber China und den USA und natürlich auch auf eine europäische Ordnung, in der es sich nicht ernsthaft um seine Existenz sorgen muss. Dennoch verhandelt Berlin sehr hart.

Zukunft versus alte Zöpfe?

Ursula von der Leyen erklärte am 12. Februar, sie werde kein Ergebnis akzeptieren, das nicht garantiert, dass mindestens 25 Prozent des Haushalts für die Bekämpfung des Klimawandels ausgegeben werden. Während einzelne EU-Staaten weniger oder zumindest nicht mehr in die gemeinsame Kasse einzahlen wollen, pochen andere darauf, dass bisherige Ausgabenblöcke weitgehend unangetastet bleiben. So wollen Länder wie Frankreich, deren Landwirtschaft stark von der EU subventioniert wird, unbedingt an einem möglichst stabilen Agraretat festhalten. Allenfalls etwas klimafreundlicher darf seine Ausrichtung werden. Unterm Strich soll es bei den Agrarsubventionen bleiben. Andere Länder, vor allem in Mittel– und Osteuropa stellen sich Kürzungen bei den Kohäsionsmitteln vehement entgegen. Denn erst durch die Regionalförderung werden sie zu Nettoempfängern. Diese Konstellation erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es in beiden Ausgabenblöcken zu keinen nennenswerten Änderungen kommt. Beide zusammen machen nach wie vor 75 Prozent des EU-Haushalts aus. Neue Aufgaben, Zukunftsaufgaben drohen so unfinanzierbar zu werden. Auch nennenswerte neue Eigenmittel für die EU scheinen in weite Ferne zu rücken.

Und die Rechtsstaatlichkeit?

Ein weiteres, großes Problem ist die Frage der Rechtsstaatlichkeit. Einige Mitgliedstaaten, die Kommission und das Parlament wollen, dass EU-Fördermittel künftig nur dann fließen, wenn das Empfängerland eine unabhängige Justiz und keine Probleme mit seiner Rechtsstaatlichkeit hat. Einzelne Regierungen höhlen ihre demokratische und rechtsstaatliche Ordnung jedoch seit Jahren systematisch aus. Der aktuelle Verhandlungsstand lässt befürchten, dass es schwer werden wird, geeignete Verfahren durchzusetzen.

Impressum

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30/4081-40
Fax: +49 (0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Isabella Schupp, Hendrik Meerkamp

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kontakt/ Abonnement: **europathemen@dbb.de**